

Zwischen Demokratisierung und Gewalt: Universitäten in Nordafrika seit 2011

Amanda tho Seeth

Im Januar 2015 leitete die tunesische Regierung mit ihrem „Strategieplan zur Reform der Hochschulen und der Wissenschaft“ einen weiteren Schritt zur Demokratisierung des Hochschulwesens ein. Solche Reformen sind derzeit die Ausnahme in der arabischen Welt, denn Universitäten in Tunesien und in anderen Staaten der Region werden zunehmend zum Schauplatz von Auseinandersetzungen zwischen dem Regime und Oppositionellen sowie zwischen säkularen und islamistischen Studenten.

Analyse

Nach Jahrzehnten der Entpolitisierung haben sich die nordafrikanischen Universitäten seit den Aufständen des „Arabischen Frühlings“ im Jahr 2011 zu Orten der politischen Aktion entwickelt. Gesellschaftliche Konfliktlinien zeigen sich hier besonders intensiv. Obwohl sich die Entwicklungen im Hochschulwesen regional unterscheiden, nehmen allgemein gewaltsame Ausschreitungen an den Universitäten zu.

- An Tunesiens Universitäten unterstützen deutsche Hochschulen Projekte zur Demokratieförderung. Daneben ist die Stimme des islamistischen Spektrums an den Universitäten lauter geworden und äußert sich vor allem in salafistischen Protesten.
- An Ägyptens Universitäten sind seit dem Sturz Mubaraks akademische Freiheiten, aber auch der islamistische Diskurs gestiegen. Gegen den Militärputsch in 2013 durch General Sisi formierte sich studentischer Protest, der häufig in Gewalt eskalierte.
- In Marokko hat sich die regimekritische Protestbewegung von der Straße in die Universitäten verlagert. Die Fronten zwischen linksgerichteten Studenten und Anhängern der an der Regierung beteiligten islamistischen „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (Parti de la Justice et du Développement, PJD) haben sich verhärtet.
- In Libyen und in Syrien hat der Bürgerkrieg zum Zusammenbruch der akademischen Infrastruktur geführt.

Stichwörter: Ägypten, Libyen, Marokko, Syrien, Tunesien, Universitäten, Demokratisierung, Islamismus, Gewalt

Universitäten im Spannungsfeld der Aufstände

Seit dem Ausbruch des „Arabischen Frühlings“ in Tunesien im Dezember 2010 und in weiteren Ländern der Region im Frühjahr 2011 sind Universitäten in besonderem Maß in die politischen, sozialen und religiösen Entwicklungen und Auseinandersetzungen der betroffenen Länder involviert. Unter den autoritären Regimen jahrzehntelang entpolitisiert, boten die Aufstände den Studierenden und Jungakademikern die Möglichkeit, als politische Akteure an die Öffentlichkeit zu gehen. Für ihr Engagement gibt es unterschiedliche Motive: Generell finden sich im intellektuellen Milieu an Universitäten überdurchschnittlich viele politisch interessierte und kritisch denkende Menschen. Viele junge Akademiker sind frustriert, weil sie trotz ihrer Abschlüsse keine oder nur schlecht bezahlte Anstellungen auf dem Arbeitsmarkt finden. So wie sich die Aufstände in den verschiedenen Ländern in Nordafrika und Nahost nach Ursachen, Akteuren und Zielen unterscheiden, zeigen sich auch an den Universitäten unterschiedliche Protestdynamiken. Allgemein kommt es hier jedoch vermehrt zu gewaltsamen Ausschreitungen.

Tunesiens Universitäten: zwischen Demokratisierung und Islamismus

In Bildungsangelegenheiten hat Tunesien innerhalb der Region Nordafrika/Nahost einen Sonderstatus: Die tunesische Bevölkerung von 10 Mio. Menschen weist einen besonders hohen Bildungsgrad auf. Für die Jahre 2010 und 2011 hatte das Land den höchsten Wert im Human Development Index nach den Golfstaaten (OECD 2013). Seit den 1970er Jahren steht der Bildungssektor im Zentrum der nationalen Entwicklungsstrategie und erhält einen großen Teil der öffentlichen Gelder. Im Jahr 2008 etwa investierte der tunesische Staat fast 23 Prozent seines Haushaltes in Bildung – ein Anteil der beinahe doppelt so hoch ist wie in OECD-Ländern. Allerdings hat die Expansion des Hochschulwesens dazu geführt, dass viele Universitätsabsolventen keine adäquaten Stellen mehr auf dem Arbeitsmarkt finden. Zudem sind die Universitäten von Korruption betroffen, sodass das allgemeine Vertrauen in das Hochschulsystem schwach ausgeprägt ist (OECD 2013). Junge Akademiker, die über die Arbeitslosigkeit sowie

unterqualifizierte und schlecht bezahlte Jobs frustriert waren – und es bis heute sind –, bildeten ein bedeutendes Reservoir der Proteste gegen das Regime von Präsident Zine el-Abidine Ben Ali.

Nach seinem Sturz rückte die Demokratisierung des Hochschulwesens in der postrevolutionären Ära ins Zentrum des öffentlichen Interesses. Ca. 316.000 Studierende und ca. 22.000 wissenschaftliche Lehrkräfte verteilten sich in Tunesien auf 13 staatliche Universitäten und 198 Hochschuleinrichtungen. Sie sollten – so die Intention der neuen Regierung – von der Demokratisierung des Landes möglichst schnell und praxisnah profitieren und als Multiplikatoren der gesellschaftlichen Reformen wirken. Nach dem Regimesturz ließ die Übergangsregierung deshalb die seit Jahren an den Universitäten omnipräsenten Polizeikräfte (*police universitaire*) abziehen. Sie veröffentlichte deshalb am 26. April 2011 Dekret Nr. 31 zur Änderung des Hochschulgesetzes von 2008, mit dem sie die Entscheidungsgewalt an den Universitäten dezentralisierte. Während die autoritären Regime unter Habib Bourguiba (1956-1987) und Ben Ali (1987-2011) über Jahrzehnte die Machtpositionen an den Universitäten kontrolliert hatten, sollte das Führungspersonal künftig aus demokratischen Wahlen hervorgehen. Inzwischen wird jede Universität von einem Universitätspräsidenten geführt, den der Universitätsrat für eine Periode von drei Jahren aus seinen Reihen wählt (*République Tunisienne 2011a*). Dekret Nr. 683 vom 9. Juni 2011 spezifizierte und erweiterte die Aussagen des Dekretes Nr. 31 über die interne Organisation der Universitäten. So müssen Kandidaten für die Position des Universitätspräsidenten, der Dekane und Institutsdirektoren innerhalb der vergangenen fünf Jahre vor ihrer Kandidatur bzw. Amtsernennung straffrei geblieben sein. Die Gesetzgebung strebt damit an, Straftäter aus dem Universitätsbetrieb auszuschließen. Des Weiteren legt das Dekret die Zusammensetzung des alle drei Jahre wechselnden Universitätsrates fest, der beratende Kompetenzen in strategischen Fragen der Universitätspolitik besitzt (*République Tunisienne 2011b*). Den ebenfalls alle drei Jahre wechselnden akademischen Senat, der über legislative Kompetenzen verfügt, wählen die Dekane und Institutsdirektoren aus ihrem Kreis. Diese demokratischen Reformen stärken die Gewaltenteilung und die Autonomie der Universitäten. Trotzdem kommt aus den Reihen der Universitäten Kritik an der weiter bestehenden Machtfülle des Ministeriums für

Hochschulangelegenheiten, zum Beispiel in der Ernennung der Universitätsadministration.

Im Januar 2015 veröffentlichte die Regierung ihren „Strategieplan zur Reform der Hochschulen und der Wissenschaft“, der ein weiterer Meilenstein in der Umstrukturierung der universitären Einrichtungen ist. Bis zum Jahr 2025 sollen verschiedene Ziele verwirklicht werden: die weitergehende Demokratisierung aller universitären Organe, die Stärkung der Universitäten als autonome Akteure, eine bessere Anbindung der Lehre an den Arbeitsmarkt, eine Qualitätssteigerung der Forschung sowie die internationale Vernetzung der Universitäten (République Tunisienne 2015). Inwiefern diese ehrgeizigen Ziele innerhalb von nur zehn Jahren realisierbar sein werden, bleibt allerdings abzuwarten. Jedoch verdeutlicht der Reformplan, dass den Universitäten in der postrevolutionären Ära eine zentrale Rolle in der Entwicklung des Landes zugeordnet ist.

Mit der angestrebten Internationalisierung des Hochschulwesens setzt sich in Tunesien ein Trend fort, der bereits im Jahr 2006 durch die landesweite Einführung des Bachelor- und Mastersystems initiiert wurde. Damit wurde Tunesien offiziell zum Partnerland der europäischen Bologna-Reform, die die europaweite Harmonisierung von Studiengängen und Universitätsabschlüssen zum Ziel hatte und die internationale Mobilität der Studierenden fördern sollte. Seit dem Regimesturz im Jahr 2011 hat die Anzahl der Kooperationsverträge zwischen tunesischen und europäischen Universitäten stark zugenommen. Besonders die Universitäten von Tunis, Tunis al-Manar und Manouba haben ihr internationales Profil geschärft, wobei Kooperationen mit Universitäten der Nachbarstaaten und in Nahost nur wenig eingegangen wurden. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Lehre und Forschung wird von ausländischen Akteuren unterstützt, die die Demokratisierung der tunesischen Universitäten fördern wollen. Führend auf diesem Feld ist Deutschland durch seinen Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), der im September 2012 ein Büro im Zentrum von Tunis eröffnete. Unter anderem koordinieren die Universitäten München und Passau das Projekt „Tunisia in Transition“¹, das den Austausch tunesischer Studenten organisiert – etwa um die

Arbeitsweise deutscher Studentenparlamente kennenzulernen. Ebenfalls baut das Projekt politikwissenschaftliche Studiengänge in Tunesien auf, die die kritische Reflexion über politische Verhältnisse fördern sollen. Auch die Freie Universität Berlin engagiert sich in der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und einer „Demokratisierung von unten“ an den Universitäten al-Manar und Carthage.²

Neben diesen demokratischen Neuerungen erlebten Tunesiens Universitäten in der postrevolutionären Ära einen ideologischen Konflikt zwischen säkularen und islamistischen Kräften. Im November 2011 spitzte sich dabei die Auseinandersetzung zwischen Säkularen und Salafisten zu, als an der von linken Kräften dominierten Universität Manouba das Tragen des Gesichtsschleiers (*niqab*) verboten wurde. Daraufhin organisierten Salafisten Proteste auf dem Campus und nahmen den Dekan der geisteswissenschaftlichen Fakultät, Habib Kazdaghli, kurzzeitig als Geisel. Aufgrund der anhaltenden Proteste, Blockaden, gewaltsamen Ausschreitungen und Hungerstreiks musste die Fakultät im Dezember vorübergehend geschlossen werden. Als im Januar 2012 Salafisten den Universitätsbetrieb durch Sit-ins weiterhin störten, rief Kazdaghli Polizeikräfte auf den Campus. Im März 2012 kam es in seinem Büro zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung, infolge dessen zwei weibliche Salafisten wegen Handgreiflichkeiten gegen den Dekan zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Kazdaghli steht bis heute unter Polizeischutz.

Im selben Monat tauschte ein Salafist an der Universität Manouba die tunesische Flagge durch eine mit dem islamischen Glaubensbekenntnis beschriebene und als Symbol der salafistischen Szene geltende schwarze Flagge aus. Als die Studentin Khaoula Rachidi auf den Fahnenmast kletterte und die salafistische Flagge abriß, wurde sie zusammengeschlagen. Der tunesische Staat ehrte den Einsatz der jungen Frau durch einen Empfang beim damaligen Staatspräsidenten Moncef Marzouki (Suleiman 2012). Im gesamten Verlauf des Konfliktes an der Universität Manouba hielt sich das von der gemäßigten islamistischen Partei Ennahda (Die Wiedergeburt) geführte Hochschulministerium auffallend zurück. Hochschulminister Moncef ben Salem spielte die

1 Vgl. hierzu <www.tunisia-in-transition.org> (21. August 2015).

2 Vgl. hierzu <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/international/vorderer-orient/veranstaltungen/DAAD_Austauschprojekt/index.html> (21. August 2015).

Auseinandersetzung herunter und erklärte im September 2012 den Gesichtsschleier an Tunesiens Universitäten für zulässig.

Die neuen Freiheiten führten auch dazu, dass sich die über 20 Jahre lang verbotene, der Partei Ennahda nahestehende Studentenorganisation Union Générale Tunisienne des Étudiants (UGTE) wieder frei organisieren durfte und seitdem expandiert hat. Sie beteiligte sich anfangs an den Protesten an der Universität Manouba. Die Wahlen für den landesweiten Studentenrat am 18. April 2014 gewann jedoch die eher linksgerichtete Union Générale des Étudiants de Tunisie (UGET) mit über 49 Prozent; die UGTE wurde mit rund 26 Prozent lediglich zweitstärkste Kraft. Wie sich die beiden konkurrierenden Organisationen ideologisch positionieren werden und wie sich das Kräfteverhältnis zwischen UGTE und UGET entwickeln wird, wird für die Zukunft der tunesischen Universitäten eine entscheidende Rolle spielen.

Ägyptens Hochschulen: Von akademischer Freiheit zum Sicherheitsproblem

In Ägypten beteiligten sich Studenten – in besonderem Maße die privilegierten der Privatuniversitäten – und Universitätslehrkräfte an den Demonstrationen gegen Präsident Hosni Mubarak. Sie formierten sich unter anderem in der an den Universitäten weit verbreiteten „Jugendbewegung des 6. April“ sowie der „Bewegung des 9. März“. Während die „Jugendbewegung des 6. April“ ihren Ursprung in der Unterstützung eines Arbeiterstreiks aus dem Jahr 2008 hat, wurde die „Bewegung des 9. März“ im Jahr 2004 von einigen Professoren in Erinnerung an den ehemaligen Präsidenten der Kairoer Universität, Lutfi al-Sayyid, gegründet. Al-Sayyid hatte am 9. März 1932 aus Protest gegen die zunehmende Einflussnahme der Regierung auf die damals relativ autonome Universität sein Amt niedergelegt. Seit ihrer Gründung hat die Bewegung Diskussionen über die Unabhängigkeit und notwendige Reformen der Universitäten angestoßen. Sie diente während des Aufstands gegen Mubarak als breite Organisationsplattform für Straßenproteste.

Ägyptens Hochschullandschaft feierte den Sturz Mubaraks am 11. Februar 2011 euphorisch als Anbruch einer neuen akademischen Freiheit. Die Universitätsangehörigen distanzieren sich vom vergangenen Regime, indem sie Symbole der

alten Garde, etwa Namensplaketten an Plätzen oder Seminarräumen, entfernten. So schloss beispielsweise die Kairoer Universität das auf ihrem Campus ansässige Büro der Stiftung „Future Generation“, als dessen Chef Mubaraks Sohn Gamal fungiert hatte. Der Oberste Rat der Universitäten tauschte die staatlichen Sicherheitskräfte an den Universitäten durch zivile Ordnungsdienste aus. Zensierte Bücher wurden freigegeben, ehemals verbotene Websites gemeinsam in Seminaren konsultiert und diskutiert. Auch wurde die Revolution an sich zum Thema von Seminaren gemacht (Kohstall 2015). Nachdem jahrzehntelang Universitätspräsidenten direkt von Präsident Mubarak ernannt und Dekane und Abteilungsleiter von den Universitätspräsidenten nominiert worden waren, wurden nun demokratische Verfahren eingeführt. Fakultätsmitglieder wählten Dekane und Abteilungsleiter sowie Repräsentanten, die ihrerseits den Präsidenten bestimmten.³ An allen ägyptischen Universitäten wurde die studentische Selbstorganisation durch die Neuwahl von Studentenrepräsentanten wiederhergestellt und im August 2011 die Nationale Studentenunion wieder eingeführt, die Präsident Sadat im Jahr 1979 aufgelöst hatte. Nachdem der Muslimbruder Mohammed Mursi im Juni 2012 als Präsident vereidigt worden war, gingen im selben Jahr Studenten, die den Muslimbrüdern nahe standen, als Sieger aus der Wahl zur Nationalen Studentenunion hervor. Islamistische Forderungen, die unter Mubarak unterdrückt worden waren, wurden nun zunehmend auch an den Universitäten vorgetragen. So protestierten studentische Muslimbrüder gegen die Aufführung von „Romeo und Julia“ an Universitäten, da das Theaterstück durch die Selbstmord-Darstellung nicht mit dem Islam vereinbar sei.

Als explizit islamische Institution ist die traditionsreiche Azhar-Universität in besonderem Maße in die politischen Entwicklungen des Landes eingebunden. Im Jahr 1961 hatte Präsident Gamal Abdel Nasser sie unter staatliche Kontrolle gestellt. Die Muslimbrüder sahen die Azhar-Universität nun als einen Hauptakteur in der Verwirklichung eines islamisch geprägten Staates an. Durch eine Änderung des Gesetzes Nr. 103 gaben sie der

³ Trotz dieser demokratischen Wahlverfahren wurden viele vom alten Regime installierte Führungspersonen wiedergewählt, was als Zeichen weiterhin bestehender Seilschaften und Korruption an den Universitäten gewertet werden kann (El-Obeidy 2014).

Universität ihren quasiautonomen Status zurück. Zusätzlich erkannte Artikel 4 der neuen Verfassung aus dem Jahr 2012 die Institution als unabhängig und frei in der Verwaltung ihrer Angelegenheiten an. Der Rat der Hohen Gelehrten wurde ermächtigt, Scheich al-Azhar zu wählen und über Fragen des islamischen Rechts zu entscheiden (Brown und Morsy 2013).

Als im Juli 2013 das Militär unter General Sisi gegen Mohammed Mursi putschte, kam es zu einer Zäsur der neuen akademischen Freiheiten. So erließ der im Mai 2014 neu zum Präsidenten gewählte Sisi im Folgemonat ein Dekret, das die Wahlen des Universitätspersonals wieder abschaffte und zur Ernennung der Universitätspräsidenten und Dekane durch den Ministerpräsidenten zurückkehrte. Die Machtergreifung des Militärs führte unmittelbar zum Aufruhr unter den Studenten. Sie gründeten die landesweite Organisation „Studenten gegen den Putsch“, die die Wiedereinsetzung Mursis forderte. Anfangs war sie von Anhängern der Muslimbruderschaft dominiert, heute vereint sie jedoch Studenten verschiedener Strömungen (Lynch 2014). Neben den „Studenten gegen den Putsch“ haben sich auch weniger organisierte Studenten immer wieder gegen das Regime aufgelehnt, trotz des im Dezember 2014 in Kraft getretenen Verbotes unautorisierter Proteste an Universitäten. Seit dem Militärputsch haben sich die Azhar- und die Kairo-Universität als Protesthochburgen etabliert. Wiederkehrende Studentenproteste führen häufig zu gewaltsamen Eskalationen mit der Polizei und mit vom Regime eingesetzten privaten Sicherheitsfirmen. Besonders aktiv sind nach wie vor Studentengruppen, die sich mit den Muslimbrüdern identifizieren.

Bei Unruhen an Ägyptens Universitäten wurden im akademischen Jahr 2013-2014 insgesamt 317 Studenten verhaftet. Gegen Ende des Jahres 2013 mussten an der Azhar-Universität aufgrund von Protesten Examensprüfungen verschoben werden und im März 2014 stürmte die Polizei den Campus, nachdem den Muslimbrüdern nahe stehende Studenten das Administrationsgebäude besetzt hatten. Seit dem Ausbruch der Proteste kamen dort – neben zahlreichen Verhaftungen – fünf Studenten zu Tode. Im selben Zeitraum wurden 140 Studenten der Kairo-Universität verwiesen, 15 Studenten kamen dort bei Zusammenstößen mit Sicherheitskräften oder anderen Studenten ums Leben. Im April 2015 evakuierte eine von der Regierung beauftragte Sicherheitsfirma die Kairo-

Universität und vor den Toren der Universität wurden Polizisten stationiert.

Obwohl die meisten durch die Revolution im Jahr 2011 erkämpften Freiheiten durch den Militärputsch in 2013 rückgängig gemacht wurden und das jetzige Regime eine Entpolitisierung der Universitäten anstrebt, lebt der aktive, kritische Geist der Revolution gegen Mubarak an einigen Instituten fort. Neben dem allgemein gestiegenen Engagement der Studenten vermitteln einzelne Lehrkräfte weiterhin demokratische Werte, indem sie ihre Lehrveranstaltungen subtil den Freiheiten des Individuums und Revolutionen widmen – etwa in der Literaturwissenschaft durch die Beschäftigung mit Werken der US-amerikanischen und der englischen Literatur (Sharobeem 2015).

Marokkos Protestkultur: Von der Straße an die Universitäten

In Marokko protestierten seit dem 20. Februar 2011 Bürger für demokratische Reformen und bessere wirtschaftliche Verhältnisse. An der daraus hervorgegangenen „Bewegung des 20. Februar“ beteiligten sich viele Studenten, die auch bessere Bildungs- und Arbeitsperspektiven forderten. Durch zügig eingeleitete Reformen schaffte es König Muhammad VI, den Protesten den Wind aus den Segeln zu nehmen, und die anfangs breite Protestbewegung verlor schnell an Zulauf. Im Juli 2011 trat eine neue Verfassung in Kraft, die dem Parlament und dem Premierminister mehr Kompetenzen zugeschrieben hat. Aus den Parlamentswahlen im November 2011 ging die gemäßigt islamistische „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (PJD) als Siegerin hervor und stellte mit Abdelilah Benkirane den Premierminister. Allerdings wurde die zentrale Machtstellung des Königs und der herrschenden Elite nicht angetastet.

Während die Proteste auf den Straßen Marokkos deutlich abnahmen, kam es an vielen Universitäten des Landes verstärkt zu politischen Manifestationen. Häufig eskalierten sie in gewaltsamen Ausschreitungen zwischen Studenten und der Polizei. Es kam aber auch zu Zusammenstößen zwischen studentischen Anhängern der PJD und des linken politischen Spektrums wie etwa der marxistischen Partei an-Nahj ad-Dimuqrati (La Voie Démocratique/Der Demokratische Weg). An der Universität von Fes, einer Hochburg linker Studenten, griffen im April 2014 linke Studenten

Anhänger der Studentengruppe al-Tajdid al-Tulabi (Studentische Erneuerung) an, die der regierenden PJD nahe stehen. Nachdem ein islamistischer Student zu Tode gekommen war, erklärte die Regierung Benkirane Universitäten zu einem öffentlichen Sicherheitsrisiko. Sie ließ zahlreiche linke Studenten verhaften und erlaubte der Polizei, das Universitätsgelände ohne die Zustimmung der Universitätspräsidenten zu betreten. Zahlreiche inhaftierte Studenten traten im Gefängnis in den Hungerstreik; ein Student, Mustafa Meziani, starb an den Folgen der Unterernährung. Oppositionelle Studenten machten daraufhin die Regierung für seinen Tod verantwortlich und die Fronten verhärteten sich deutlich (Allilou 2014a). Auch an der Universität von Oujda formierte sich studentischer Protest gegen die Hochschulpolitik. Die Studenten forderten unter anderem mehr Plätze im Masterstudiengang Rechtswissenschaften für die hohe Anzahl an Bachelorabsolventen. Im Dezember 2014 organisierten Studenten deshalb Sit-ins. Sie besetzten Teile der Universität und bewaffneten sich mit Steinen. Bei der Erstürmung des Geländes wurden 40 Polizisten verletzt – die Anzahl verletzter Studenten wurde nicht bekanntgegeben (Allilou 2014b).

Im Jahr 2013 trat ein neuer Reformplan des Hochschulministeriums in Kraft, der bis zum Jahr 2016 Veränderungen in sechs Bereichen vorsieht. Auf der Agenda stehen unter anderem eine Verbesserung der Arbeitschancen für Akademiker und eine Überprüfung der Hochschulgesetze. Inwiefern dieses Projekt die angespannte Lage an den Universitäten befrieden kann, bleibt abzuwarten.

Zusammenbruch akademischer Strukturen in Libyen und Syrien

In Libyen wurden durch den Bürgerkrieg vor allem die Universitäten in Benghazi und Sirt so stark zerstört, dass dort seitdem keine Lehrveranstaltungen mehr abgehalten werden können. Dozenten und Studenten „treffen“ sich mittlerweile zu Vorlesungen und Seminaren online, meist über den Nachrichtendienst WhatsApp. Lehre und Forschung stehen vor dem Zusammenbruch, was das Land zusätzlich schwächt.⁴ Auch in

⁴ Schilderungen von Amal Suleiman El-Obeidi, Universitätsprofessorin an der libyschen Benghazi Universität, auf der Konferenz „Higher Education in the Wake of the

Syrien sind Universitäten zwischen die Fronten des Bürgerkriegs geraten: Im Januar 2013 starben 80 Studenten bei einem Bombenanschlag auf die Universität von Aleppo, im März desselben Jahres kamen 15 Studenten bei einem Mörserbeschuss der Universität von Damaskus zu Tode. Milizen missbrauchen Universitätsgebäude zum Teil als Rückzugsorte und Waffenlager. Zudem ist ein Brain-Drain Folge des syrischen Bürgerkrieges, ausgelöst durch die massenhafte Flucht von Studenten und Wissenschaftlern in die Auffanglager der Nachbarländer oder ins westliche Ausland. Etwa 70.000 Studenten sollen sich inzwischen in Flüchtlingslagern im Libanon aufhalten, 20.-30.000 Studenten in der Türkei und mindestens 15.000 in Jordanien. Diese verlorene Generation gebildeter junger Menschen hat auch außerhalb der Bürgerkriegsgebiete größtenteils keine akademischen und beruflichen Perspektiven mehr (Barakat und Milton 2015).

Fazit

Viele gesellschaftliche Konflikte spiegeln sich im Leben der Studenten wider und führen zu Protesten auf dem Campus. Universitäten sind somit Gradmesser für die ungelösten Probleme auf nationaler Ebene und die Demokratisierungswünsche. Für die Regierungen bleiben die Universitäten aufgrund der anhaltenden Frustration über mangelnde berufliche Perspektiven, aber auch wegen der politischen und religiösen Polarisierung unter den Studierenden ein potenzielles Sicherheitsrisiko. Tunesiens Universitäten, denen in der Demokratisierung des Landes eine zentrale Rolle als Reformmotor zukam, blieben von politisch und religiös motivierten Gewaltausschreitungen nicht verschont. Tunesien hat erkannt, dass es seiner Jugend eine bessere Verknüpfung zwischen akademischen Abschlüssen und dem Arbeitsmarkt bieten muss – der jüngst eingeleitete „Strategieplan zur Reform der Hochschulen und der Wissenschaft“ könnte ein wichtiger Schritt in diese Richtung sein.

Arab Uprisings“ an der Freien Universität Berlin am 23. April 2015.

Literatur

- Allilou, Aziz (2014a), Morocco: Jailed Activist Student Mustapha Meziani Dies on Hunger Strike, in: *Morocco World News*, online: <www.moroccoworldnews.com/2014/08/136667/morocco-jailed-activist-student-mustapha-meziani-dies-on-hunger-strike/> (21. August 2015).
- Allilou, Aziz (2014b), 40 injured in clashes between students and police in Oujda, in: *Morocco World News*, online: <www.moroccoworldnews.com/2014/12/147770/40-injured-in-clashes-between-students-and-police-in-oujda/> (21. August 2015).
- Barakat, Sultan, und Sansom Milton (2015), Houses of Wisdom Matter: The Responsibility to Protect and Rebuild Higher Education in the Arab World, in: *Brookings Doha Center*, online: <www.brookings.edu/~media/Research/Files/Papers/2015/07/08-higher-education-barakat-milton/En-Higher-Ed-Web.pdf> (21. August 2015).
- Brown, Nathan, und Ahmed Morsy (2013), Egypt's al-Azhar Steps Forward, in: *Carnegie Endowment for International Peace*, online: <www.carnegieendowment.org/2013/11/07/egypt-s-al-azhar-steps-forward> (21. August 2015).
- El-Obeidy, Ahmed (2014), Democratic Reform in Egyptian Universities, in: *International Higher Education*, 74, 25-27, online: <www.ejournals.bc.edu/ojs/index.php/ihe/article/view/5474/4894> (21. August 2015).
- Kohstall, Florian (2015), From Reform to Resistance: Universities and Student Mobilisation in Egypt and Morocco before and after the Arab Uprisings, in: *British Journal of Middle Eastern Studies*, 42:1, 59-73.
- Lynch, Sarah (2014), Behind "Students Against the Coup", in: *Al Fanar Media*, online: <www.al-fanarmedia.org/2014/04/behind-students-coup/> (21. August 2015).
- OECD (2013), *Integrity Scan of Tunisia*, online: <www.oecd.org/cleangovbiz/Tunisia-Integrity-ScanEN.pdf> (21. August 2015).
- République Tunisienne (2015), *Plan Stratégique de la Réforme de l'Enseignement Supérieur et de la Recherche Scientifique 2015-2025*, online: <[www.utunis.rnu.tn/fileadmin/test/2015-05-13_Plan_strat%C3%A9gique_de_la_r%C3%A9forme_Version_du_5_janvier_2015_\(3\).pdf](http://www.utunis.rnu.tn/fileadmin/test/2015-05-13_Plan_strat%C3%A9gique_de_la_r%C3%A9forme_Version_du_5_janvier_2015_(3).pdf)> (21. August 2015).
- République Tunisienne (2011a), Décret-Loi 2011-31 du 26 avril 2011, in: *Journal Officiel de la République Tunisienne*, online: <www.cnudst.rnrt.tn/jortsrc/2011/2011f/jo0302011.pdf> (21. August 2015).
- République Tunisienne (2011b), Décret-Loi 2011-683 du 9 juin 2011, in: *Journal Officiel de la République Tunisienne*, online: <www.utm.rnu.tn/utm/documents/reglement/organisation/33.pdf> (21. August 2015).
- Sharobeem, Heba M. (2015), The Impact of the Arab Spring at an Egyptian University: A Personal Experience, in: *Middle East – Topics and Arguments*, 4, 110-121, online: <<http://meta-journal.net/article/view/2786/3470>> (21. August 2015).
- Suleiman, Nura (2012), The Disintegrating Fabric of Tunisian Politics: The Niqab Ban and Tunisian Flag Desecration at Manouba University, in: *Jadaliyya*, online: <www.jadaliyya.com/pages/index/5037/the-disintegrating-fabric-of-tunisian-politics_the> (21. August 2015).

■ Die Autorin

Amanda tho Seeth (geb. Kovacs), M.A., ist Doktorandin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Marburg. Sie forscht zur Rolle islamischer Universitäten in Tunesien und Indonesien und bearbeitete im Rahmen des GIGA-Projekts „Religion and Conflict: On the Ambivalence of Religious Factors in Africa, Asia, Latin America and the Middle East“ die Fallstudie zu Indonesien.

<Amanda.tho.Seeth@gmx.de>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im GIGA Forschungsprogramm 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden vergleichende Studien zu politischen Transformationsprozessen, der Bedeutung von Wahlen und dem Zusammenspiel von Regierungen und Oppositionen durchgeführt.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Kovacs, Amanda (2014), *Saudi-Arabiens salafistischer Bildungsexport radikalisiert Indonesiens Muslime*, GIGA Focus Nahost, 5, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Mattes, Hanspeter (2014), *Gewerkschaften in Nordafrika und Nahost: Unterschiedliche Ziele seit dem Jahr 2011*, GIGA Focus Nahost, 7, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

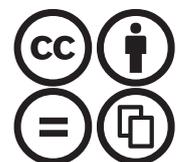
Mattes, Hanspeter (2012), *„Herr Präsident, ihr Volk stirbt!“ Protestmusik und politischer Wandel in Nordafrika/ Nahost*, GIGA Focus Nahost, 9, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Pellicer, Miquel, und Eva Wegner (2014), *Wer wählt islamistische Parteien und warum?*, GIGA Focus Nahost, 8, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Rosiny, Stephan (2011), *Ein Jahr „Arabischer Frühling“: Auslöser, Dynamiken und Perspektiven*, GIGA Focus Nahost, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Stephan Rosiny; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Hanspeter Mattes; Lektorat: Kerstin Labusga;

Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM